



Rat der
Europäischen Union

119142/EU XXVII. GP
Eingelangt am 09/11/22

Brüssel, den 8. November 2022
(OR. en)

14484/22

DEVGEN 199	PROCIV 139
ACP 121	COHOM 133
RELEX 1486	COLAC 63
SUSTDEV 190	POLCOM 159
COVID-19 172	WTO 207
COHAFA 101	ONU 134
NDICI 18	SAN 593
ENER 570	GENDER 181
CLIMA 581	ALIM 15
DIGIT 197	RECH 585
COWEB 147	ELARG 98
MAMA 179	IND 454
COEST 808	MIGR 341
COAFR 294	CSDP/PSDC 755
COASI 202	EDUC 375
CFSP/PESC 1512	JEUN 167
MOG 119	FIN 1193

ÜBERMITTLUNGSVERMERK

Absender: Frau Martine DEPREZ, Direktorin, im Auftrag der Generalsekretärin der Europäischen Kommission

Eingangsdatum: 8. November 2022

Empfänger: Frau Thérèse BLANCHET, Generalsekretärin des Rates der Europäischen Union

Nr. Komm.dok.: COM(2022) 578 final

Betr.: BERICHT DER KOMMISSION AN DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT UND DEN RAT

Jahresbericht 2022 über die Anwendung der Instrumente der Europäischen Union für das auswärtige Handeln im Jahr 2021

Die Delegationen erhalten in der Anlage das Dokument COM(2022) 578 final.

Anl.: COM(2022) 578 final

14484/22

/rp

RELEX.2

DE



EUROPÄISCHE
KOMMISSION

Brüssel, den 8.11.2022
COM(2022) 578 final

**BERICHT DER KOMMISSION AN DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT UND DEN
RAT**

Jahresbericht 2022

**über die Anwendung der Instrumente der Europäischen Union für das auswärtige
Handeln im Jahr 2021**

{SWD(2022) 353 final}

DE

DE

Inhaltsverzeichnis

GLOBALES ENGAGEMENT	2
Einführung.....	2
EU: ein starker globaler Akteur	3
Unterstützung einer nachhaltigen Entwicklung.....	4
Team-Europa-Initiativen: Reaktion auf die globale COVID-19-Krise	5
Global Gateway.....	5
GLOBALE PRIORITÄTEN	6
Menschliche Entwicklung.....	6
Grüner Deal.....	7
Zusammenarbeit in den Bereichen Digitalisierung, Wissenschaft, Technologie und Innovation	8
Nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung	8
Migration	9
Gute Regierungsführung, Frieden und Sicherheit	10
GLOBALE REICHWEITE.....	10
Subsahara-Afrika	10
Asien und pazifischer Raum	11
Nord- und Südamerika und karibischer Raum.....	11
Europäische Nachbarschaft	12
Erweiterung.....	13
Überseeische Länder und Gebiete (ÜLG).....	13

GLOBALES ENGAGEMENT

Einführung

Im Jahr 2021 hatte die COVID-19-Pandemie weiterhin erhebliche Auswirkungen auf die Außenbeziehungen der Europäischen Union. Die EU, ihre Mitgliedstaaten und europäische Finanzinstitute haben im Rahmen des „Team Europa“-Konzepts den weltweiten Kampf gegen COVID-19 vorangetrieben und über 380 Millionen Impfdosen an Partnerländer gespendet. Diese geeinte Reaktion der EU hat erneut die Anpassungsfähigkeit, Flexibilität und Stärke ihrer Instrumente des auswärtigen Handelns sowie den Wert ihrer internationalen Partnerschaften unter Beweis gestellt.

In diesem Bericht werden zentrale Elemente der finanziellen Unterstützung der EU im Jahr 2021 für internationale Zusammenarbeit und Entwicklung, humanitäre Hilfe, Außenpolitik und Erweiterung dargelegt¹.

2021 war ein Jahr des Übergangs, da mit dem Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 2021-2027 ein neues Instrument für Nachbarschaft, Entwicklungszusammenarbeit und internationale Zusammenarbeit – Europa in der Welt (NDICI/Europa in der Welt)² eingeführt wurde, das die meisten bestehenden Finanzierungsinstrumente für das auswärtige Handeln umfasste und mit einem ursprünglichen Budget von 79,5 Mrd. EUR ausgestattet war.

Die EU setzte sich weiterhin für eine langfristige Agenda ein, die mit den Zielen für nachhaltige Entwicklung (SDG) in Einklang steht. Unter dem „Team Europa“-Konzept wurde ein Portfolio von Initiativen mit dem Ziel entwickelt, die Wirkung und Wirksamkeit der EU-Maßnahmen zur Bewältigung dringender Herausforderungen wie der wachsenden globalen Ungleichheiten, der digitalen Kluft und der Klimakrise zu steigern.

Im Jahr 2021 hat die EU ihre Beziehungen zu den Nachbarländern und -regionen vertieft und ihre Unterstützung für die europäische Perspektive des Westbalkans bekräftigt. Wie im Erweiterungspaket 2021 der Kommission dargelegt, hat die Kommission mit der Umsetzung der überarbeiteten Erweiterungsmethodik begonnen³.

Die Europäische Kommission und der Hohe Vertreter haben außerdem eine neue Agenda für den Mittelmeerraum⁴ angenommen, um die Partnerschaft mit der südlichen Nachbarschaft zu erneuern, einschließlich eines zugehörigen Wirtschafts- und Investitionsplans zur Unterstützung der langfristigen sozioökonomischen Erholung.

Auf dem sechsten Gipfel der Östlichen Partnerschaft wurde eine gemeinsame Vision für die Zukunft festgelegt und eine erneuerte Agenda mit Schwerpunkt auf Wiederaufbau, Resilienz und Reformen angenommen, wie in dem von der Kommission und dem Hohen Vertreter im Juli 2021 vorgelegten Vorschlag ausgeführt.

Am 15. April 2021 haben die EU und die Mitglieder der Organisation afrikanischer, karibischer und pazifischer Staaten (OACPS) einen neuen 20-jährigen Partnerschaftsrahmen paraphiert: das „Post-

¹ Einzelheiten hierzu sind der Arbeitsunterlage der Kommissionsdienststellen zu diesem Jahresbericht, Teil I, Einleitung, zu entnehmen.

² [Verordnung \(EU\) 2021/947 vom 9. Juni 2021](#).

³ [Erweiterungspaket 2021 \(europa.eu\)](#).

⁴ [JOIN\(2021\) 2 final vom 9. Februar 2021](#).

Cotonou-Abkommen“. In Vorbereitung auf das Gipfeltreffen 2022 mit der Afrikanischen Union (AU) arbeitete die EU an der Stärkung und Vertiefung der Zusammenarbeit mit Afrika.

Nach der Machtergreifung der Taliban in Afghanistan kündigte die EU ein Hilfspaket in Höhe von 1 Mrd. EUR an, um den dringenden Bedarf im Land und in der Region zu decken. Auf dem Treffen der Führungsspitzen der EU und Indiens am 8. Mai 2021 wurde eine umfassende Konnektivitätspartnerschaft zwischen der EU und Indien ins Leben gerufen.

Ferner hat die EU ihre Arktispolitik aktualisiert. Auf dem Forum zur internationalen Meerespolitik 2021 legte die EU Empfehlungen für die Nachhaltigkeit der Ozeane vor.

Anfang 2021 schlug die Kommission vor, die globalen humanitären Maßnahmen der EU weiter zu verstärken⁵ und die Bereitstellung der humanitären Hilfe zu beschleunigen, indem humanitäre Partner unterstützt, die Geberbasis erweitert und die Ursachen von Krisen im Rahmen eines „Team Europa“-Konzepts angegangen werden.

Förderung und Wahrung des Friedens in der Welt sind der Eckpfeiler des auswärtigen Handelns der EU. Die Anfang 2021 eingerichtete haushaltsexterne Europäische Friedensfazilität⁶ hat zum Ziel, den Frieden zu erhalten, Konflikte zu verhüten und die internationale Sicherheit zu stärken.

Die EU hat ihr Engagement für Demokratisierung und Menschenrechte auch durch den Einsatz von sechs Wahlbeobachtungsmissionen (Gambia, Honduras, Irak, Kosovo*, Venezuela, Sambia) sowie durch Folgemissionen in mehr als zehn Ländern bewiesen.

Zum Jahresende hat Präsidentin von der Leyen die Global-Gateway-Strategie⁷ auf den Weg gebracht, ein umfangreiches Investitionsprogramm zur Förderung der nachhaltigen Konnektivität in der ganzen Welt, das vollständig auf die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung und das Übereinkommen von Paris abgestimmt ist.

EU: ein starker globaler Akteur

Die EU ist nach wie vor einer der wenigen Akteure mit globaler Präsenz und einem umfassenden politischen Instrumentarium, und damit in der Lage, ihre Partner auf der ganzen Welt zu unterstützen. Die EU und ihre Mitgliedstaaten sind entschlossen, die SDG in allen externen Politikbereichen und in internen Politikbereichen, die die Partnerländer betreffen, zu berücksichtigen.

Die Handelspolitik ist eines der Instrumente, mit denen die EU ihre Rolle als starker globaler Akteur ausüben und gleichzeitig ihre Handelspartner unterstützen kann. Die EU-Handelsstrategie stützt sich auf drei Säulen: Offenheit, Nachhaltigkeit und Entschlossenheit. In der 2021 angenommenen Überprüfung der Handelspolitik⁸ wird dargelegt, wie der Handel in Synergie mit anderen Politikbereichen die wirtschaftliche Erholung vorantreiben und gleichzeitig den ökologischen und digitalen Wandel sowie eine nachhaltigere und fairere Globalisierung fördern kann.

⁵ [COM\(2021\) 110 final vom 10. März 2021](#).

⁶ https://ec.europa.eu/fpi/what-we-do/european-peace-facility_en

*Diese Bezeichnung berührt nicht die Standpunkte zum Status und steht im Einklang mit der Resolution 1244/1999 des VN-Sicherheitsrats und dem Gutachten des Internationalen Gerichtshofs zur Unabhängigkeitserklärung des Kosovos.

⁷ [JOIN\(2021\) 30 final vom 1. Dezember 2021](#).

⁸ [COM\(2021\) 66 final vom 18. Februar 2021](#).

Die EU und ihre Mitgliedstaaten sind nach wie vor der weltweit führende Geber öffentlicher Entwicklungshilfe: 2021 wurden 70,2 Mrd. EUR bereitgestellt⁹ (gegenüber 67,3 Mrd. EUR im Jahr 2020), was 43 % der weltweiten öffentlichen Entwicklungshilfe¹⁰ und 0,49 % des Bruttonationaleinkommens (BNE) der EU entspricht (0,50 % im Jahr 2020)¹¹.

Die EU sieht im regelbasierten Multilateralismus den Grundstein friedlicher internationaler Beziehungen, dessen Kern die Vereinten Nationen (VN) bilden. Im Jahr 2021 legten die Kommission und der Hohe Vertreter eine neue Strategie¹² über die Stärkung des Beitrags der EU zum regelbasierten Multilateralismus vor, in der die Ziele der EU für das multilaterale System festgehalten sind.

Im Jahr 2021 unterstützte die EU humanitäre Organisationen in zahlreichen von Krisen betroffenen Ländern und Regionen und führte humanitäre Aktionen in mehr als 80 Ländern durch. Der größte Teil der EU-Mittel für humanitäre Hilfe ist zur Deckung des Bedarfs bestimmt, der sich aus langanhaltenden Krisen ergibt, die hauptsächlich durch Konflikte verursacht und durch die COVID-19-Pandemie und den Klimawandel verschärft wurden.

Die EU, zusammen mit ihren Mitgliedstaaten, ist nach wie vor der weltweit größte Geber humanitärer Hilfe. Im Jahr 2021 stellte die EU allein über 2,1 Mrd. EUR für humanitäre Hilfe bereit.

Im Jahr 2021 wurde das EU-Katastrophenschutzverfahren 114 Mal aktiviert, um eine Vielzahl von Katastrophen zu bewältigen. Dadurch wurde die Lieferung zahlreicher Gegenstände der kritischen persönlichen Schutzausrüstung und medizinischer Ausrüstung erleichtert, darunter fast 30 Millionen COVID-19-Impfdosen. Außerdem wurden etwa 95 Lufteinsätze zur Evakuierung von EU-Bürgerinnen und -Bürgern sowie Personen, die der Fürsorgepflicht der EU unterliegen, aus Afghanistan organisiert.

Unterstützung einer nachhaltigen Entwicklung

Die schwere Wirtschaftskrise infolge der Pandemie hat die Verwirklichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDG) verzögert. Die EU ist der Ansicht, dass die weltweite Erholung grün, digital, inklusiv, gerecht, nachhaltig und auf die SDG ausgerichtet sein muss, und verpflichtet sich, auf der Grundlage der Agenda 2030 eine bessere Zukunft für alle aufzubauen.

Im Jahr 2021 hat die EU das Europäische Semester für die finanzpolitische Koordinierung auf die SDG ausgerichtet und sie in die Überarbeitung des Rahmens für eine bessere Rechtsetzung integriert, damit sie in der gesamten Politikgestaltung der Kommission zum Tragen kommen.

Im Einklang mit den Schlussfolgerungen des Rates vom 10. Juni 2021 zur europäischen Finanzarchitektur zur Förderung der Entwicklung (EFAD) hat die EU ihre Finanzinstrumente und die Bereitstellung von Hilfe weiterentwickelt, um ihren Verpflichtungen im Bereich der nachhaltigen Entwicklung nachzukommen. Nach der Annahme des Instruments „NDICI/Europa in der Welt“ wurde der Europäische Fonds für nachhaltige Entwicklung Plus (EFSD+) ins Leben gerufen. Von der Gesamtmittelausstattung der EU-Garantie für Außenmaßnahmen (bis zu 53,45 Mrd. EUR) sind fast

⁹ Basierend auf vorläufigen Daten der OECD für 2021 (veröffentlicht im Frühjahr 2022).

¹⁰ Unter „weltweite öffentliche Entwicklungshilfe“ wird hier die von der EU insgesamt und von allen anderen Geberländern bereitgestellte öffentliche Entwicklungshilfe verstanden.

¹¹ Dieser Prozentsatz ist leicht zurückgegangen, da die nominale Erhöhung der öffentlichen Entwicklungshilfe nicht der hohen nominalen Erhöhung des BNE aufgrund der wirtschaftlichen Erholung entsprach.

¹² [JOIN\(2021\) 3 final vom 17. Februar 2021](#).

40 Mrd. EUR für die Verringerung des Investitionsrisikos im Bereich der nachhaltigen Entwicklung in den Partnerländern vorgesehen.

Im Jahr 2021 nahm die EU auch das Instrument für Heranführungshilfe (IPA III) an und begann mit dessen Durchführung. Es ist für den Zeitraum 2021-2027 mit einem anfänglichen Haushalt von 14,5 Mrd. EUR zugunsten des Westbalkans und der Türkei ausgestattet. Der Wirtschafts- und Investitionsplan und die zugehörige Grüne Agenda für den Westbalkan werden mit 9 Mrd. EUR aus dem IPA III unterstützt, wodurch zusätzliche Investitionen in Höhe von 20 Mrd. EUR in der Region mobilisiert werden können.

Um die nachhaltige Dimension der EU-Handelsabkommen zu fördern, hat die Kommission im Jahr 2021 eine Überprüfung des 15-Punkte-Aktionsplans eingeleitet. Diese Überprüfung umfasste eine offene öffentliche Konsultation und eine unabhängige vergleichende Studie zu den Bestimmungen über Handel und nachhaltige Entwicklung in Freihandelsabkommen von Drittländern. Die Studie bestätigte die Vorreiterrolle der EU bei der Förderung der Nachhaltigkeit durch Handelsabkommen.

Team-Europa-Initiativen: Reaktion auf die globale COVID-19-Krise

Bis Ende 2021 haben die EU und ihre Mitgliedstaaten finanzielle Unterstützung in Höhe von 47,7 Mrd. EUR an über 140 Partnerländer ausgezahlt, um die Folgen der COVID-19-Pandemie zu bewältigen. Dies trug dazu bei, den Bedarf an humanitärer Hilfe zu decken, die Gesundheits-, Wasser- und Sanitärvorsorgungssysteme zu verbessern und die sozioökonomischen Folgen der Pandemie zu mildern. Im Rahmen des „Team Europa“-Unterstützungspakets wurden bis Ende 2021 insgesamt 53,7 Mrd. EUR zugesagt.

Ein gerechter Zugang zu Impfungen ist entscheidend für die weltweite Bekämpfung von COVID-19. Die EU hat nicht nur genügend Impfdosen für alle EU-Mitgliedstaaten gesichert, sondern auch über 1,7 Milliarden Impfdosen an 165 Partnerländer ausgeführt oder gespendet. Die EU und ihre Mitgliedstaaten spielten eine führende Rolle bei der Einrichtung der COVAX-Fazilität, der einzigen weltweiten Initiative zur Unterstützung einer gerechten Verteilung von Impfstoffen, und beteiligten sich mit über 3 Mrd. EUR daran¹³. Ende 2021 waren die EU und ihre Mitgliedstaaten der weltweit größte Spender von COVID-19-Impfstoffen.

Es wurden 1 Mrd. EUR für eine Team-Europa-Initiative zugesagt, die die lokale und regionale Herstellung von und den Zugang zu Impfstoffen, Arzneimitteln und Gesundheitstechnologien in Afrika und für Afrika unterstützt.

Die EU hat die internationale Zusammenarbeit im Kampf gegen die Pandemie 2021 verstärkt, u. a. durch die Initiative „ACT-Accelerator“ und den Weltgesundheitsgipfel der G20+, auf dem die Staats- und Regierungschefs die Erklärung von Rom zur Vorbereitung auf künftige Pandemien und deren Prävention unterzeichnet haben.

Global Gateway

Im Dezember brachte die EU die neue Global-Gateway-Strategie¹⁴ auf den Weg, mit der im Zeitraum 2021-2027 Investitionen in Höhe von bis zu 300 Mrd. EUR mobilisiert werden sollen. Im Einklang mit den geopolitischen Zielen der EU und ihrem Engagement für die Agenda 2030 zielt die Global-Gateway-Strategie darauf ab, intelligente, saubere und sichere Verbindungen in den Bereichen

¹³ Seit Juni 2021.

¹⁴ [JOIN\(2021\) 30 final vom 1. Dezember 2021](#).

Digitales, Energie und Verkehr zu fördern und die Gesundheits-, Bildungs- und Forschungssysteme in der ganzen Welt zu stärken, um eine dauerhafte weltweite Erholung zu unterstützen und gleichzeitig universelle Werte und hohe Standards, verantwortungsvolle Verwaltung und Transparenz zu fördern.

Im Rahmen des Global Gateway wird nach dem „Team Europa“-Konzept vorgegangen, bei dem die Ressourcen der EU, der Mitgliedstaaten, der europäischen Finanzinstitutionen und der nationalen Entwicklungsförderungsinstitutionen gebündelt werden. Dabei geht es darum, aktiv Finanzmittel und Fachwissen des Privatsektors zu mobilisieren und den Zugang zu nachhaltigen Finanzierungen zu unterstützen.

GLOBALE PRIORITÄTEN

Menschliche Entwicklung

Im Jahr 2021 löste die COVID-19-Pandemie weitere gesellschaftliche Spaltungen aus, die zu zunehmenden Ungleichheiten führten. Die EU verstärkte und passte ihr Engagement für globale Initiativen in den Bereichen Weltgesundheit, Bildung, Jugend und Geschlechtergleichstellung an und richtete die EU-Unterstützung für die Partnerländer neu aus, um die Auswirkungen von COVID-19 auf die menschliche Entwicklung zu mildern.

Neben ihrer Unterstützung der COVAX-Fazilität setzte die EU auch ihre maßgebliche Unterstützung für die Kernarbeit der Globalen Allianz für Impfstoffe und Immunisierung (GAVI) beim Aufbau von Immunisierungssystemen und den Globalen Fonds zur Bekämpfung von AIDS, Tuberkulose und Malaria fort, um pandemiebedingte Beeinträchtigungen der lebensrettenden Einsätze gegen diese tödlichen Krankheiten zu begrenzen.

Da die Pandemie die Bildung weiterhin beeinträchtigte, beschloss die Kommission, die Mittel für diese Priorität auf mindestens 10 % des Gesamthaushalts für internationale Partnerschaften für den Zeitraum 2021-2027 aufzustocken. Im Jahr 2021 erhöhte die EU ihren Beitrag zur Globalen Partnerschaft für Bildung um fast 50 % auf 700 Mio. EUR bis 2027, um 175 Millionen Jungen und Mädchen dabei zu helfen, zu lernen und weitere 88 Millionen Kinder in die Schule zu bringen. Auch die Mittel für das Programm Erasmus+ wurden aufgestockt; so wurde z. B. die Unterstützung für Afrika südlich der Sahara für den Zeitraum 2021-2027 um das 3,5-fache erhöht.

Bei der Durchführung des dritten EU-Aktionsplans für die Gleichstellung (GAP III) wurden die Bemühungen der EU deutlich, der Geschlechtergleichstellung und der Stärkung der Rolle von Frauen und Mädchen Vorrang einzuräumen.

Die EU hat sich verpflichtet, bis 2025 bei mindestens 85 % aller neuen Maßnahmen im Außenbereich die Geschlechtergleichstellung und die Stärkung der Rolle von Frauen und Mädchen als wesentliches oder vorrangiges Ziel einzubeziehen – bei 70 % der Maßnahmen wurde dies inzwischen erreicht¹⁵.

Darüber hinaus förderte die EU die Teilhabe junger Menschen an den Bemühungen zur wirtschaftlichen Erholung, indem sie auf globaler Ebene und in mehreren Partnerländern (z. B. Simbabwe und Nigeria) Youth Sounding Boards einrichtete, um jungen Menschen ein Mitspracherecht in Bezug auf die Politik und die Maßnahmen der EU zu geben.

¹⁵ Für 2021 sind derzeit nur vorläufige Daten vorhanden.

Grüner Deal

Die EU blieb im Jahr 2021 bei der Bekämpfung des Klimawandels und der ökologischen Herausforderungen weltweit führend. Sie stand an der Spitze der internationalen Bemühungen zur Förderung einer nachhaltigen und inklusiven Entwicklung, die mit dem europäischen Grünen Deal in Einklang steht. Für den Zeitraum 2021-2027 hat sich die EU das ehrgeizige Ziel gesetzt, 30 % der Mittel für „Europa in der Welt“ für die Erreichung der Klimaziele einzusetzen, wobei nach der Rede zur Lage der Union von Präsidentin von der Leyen weitere 4 Mrd. EUR bereitgestellt wurden.

In den Schlussfolgerungen des Rates vom 25. Januar 2021 zum Thema Klima- und Energiediplomatie¹⁶ wird betont, dass die EU-Energiediplomatie die globale Energiewende beschleunigen und Energieeffizienz und erneuerbare Technologien fördern sollte. Die EU forderte ferner einen weltweiten Ausstieg aus der Nutzung von Kohle in der Energieerzeugung und den Anstoß internationaler Initiativen zur Verringerung der Methanemissionen. Im Februar 2021 nahm die Kommission eine neue Strategie zur Anpassung an den Klimawandel an, mit der die EU die Zusammenarbeit mit den Partnerländern in Bezug auf die Klimaanpassung intensivieren will.¹⁷

In diesem Zusammenhang hat die EU maßgeblich zum Erfolg der 26. Klimakonferenz der VN (COP26) 2021 in Glasgow beigetragen, u. a. indem sie die Partnerschaft mit Südafrika für eine gerechte Energiewende unterstützte und 1 Mrd. EUR für den Schutz der Wälder im Rahmen des „Global Forest Finance Pledge“ bereitstellte.

Bis Ende 2021 wurden in den Partnerländern mithilfe von EU-finanzierten Maßnahmen zusätzliche Kapazitäten für erneuerbare Energien in Höhe von 18 GW geschaffen. Ferner erhielten über 22 Millionen Menschen Zugang zu nachhaltigen Energiedienstleistungen.

Die Partner im Westbalkan haben einen ehrgeizigen Aktionsplan zur Umsetzung der Grünen Agenda für den Westbalkan angenommen, der im Einklang mit dem europäischen Grünen Deal steht.

Im Jahr 2021 wurde das neue Europäische Instrument für die internationale Zusammenarbeit im Bereich der nuklearen Sicherheit angenommen.¹⁸ Es verfügt über eine Mittelausstattung von 300 Mio. EUR für den Zeitraum 2021-2027 und soll die weltweite nukleare Sicherheit fördern.

Im Jahr 2021 stellte die EU 75 Mio. EUR der Haushaltssmittel für humanitäre Hilfe für die Katastrophenvorsorge, einschließlich der potenziellen Auswirkungen des Klimawandels, bereit. Die im März 2021 veröffentlichte Mitteilung über humanitäre Maßnahmen hat zum Ziel, die EU-Maßnahmen zur Bewältigung der humanitären Auswirkungen des Klimawandels und der Umweltzerstörung zu verstärken und dafür zu sorgen, dass die Katastrophenvorsorge bei den von der EU finanzierten humanitären Maßnahmen stärker berücksichtigt wird.

Im Jahr 2021 trug die EU auch zum Erfolg des VN-Weltgipfels zu Ernährungssystemen und des „Nutrition for Growth“-Gipfels (NG4 – Ernährung für Wachstum) der VN in Tokio bei. Im Rahmen von N4G hat die EU für den Zeitraum 2021-2024 2,5 Mrd. EUR zur Bekämpfung der Unterernährung zugesagt (und 1,4 Mrd. EUR für Entwicklung und 1,1 Mrd. EUR für humanitäre Hilfe) Darüber hinaus

¹⁶ [Schlussfolgerungen des Rates 5263/21 vom 25. Januar 2021](#).

¹⁷ https://ec.europa.eu/clima/eu-action/adaptation-climate-change/eu-adaptation-strategy_en

¹⁸ [Verordnung \(Euratom\) 2021/948 des Rates vom 27. Mai 2021.](#)

verpflichtete sich die EU im Jahr 2021, Mittel in Höhe von 140 Mio. EUR für die Beratungsgruppe für Internationale Agrarforschung, das größte globale Netzwerk für Agrarforschung im Dienste der Entwicklung, bereitzustellen.

Für die biologische Vielfalt war 2021 ebenfalls ein bedeutendes Jahr: Die EU verpflichtete sich, die externen Mittel für die biologische Vielfalt zu verdoppeln und brachte NaturAfrica, eine Initiative zum Schutz der biologischen Vielfalt bei gleichzeitiger Verbesserung der Lebensbedingungen, auf den Weg. Es wurden Länderprogramme entwickelt, um die Initiative der „Großen Grünen Mauer“ („Great Green Wall“) Afrikas zu unterstützen. Darüber hinaus leitete die EU auf der COP26 ihre Waldpartnerschaften in die Wege.

Zur Förderung einer nachhaltigen und integrierten Wasserbewirtschaftung entwickelte die EU Team-Europa-Initiativen zur grenzüberschreitenden Wasserbewirtschaftung in Afrika und zu Wasser, Energie und Klima in Zentralasien.

Die EU ist entschlossen, die internationale Zusammenarbeit im Bereich des nachhaltigen Verbrauchs und der nachhaltigen Erzeugung, einschließlich der Kreislaufwirtschaft, fortzusetzen. Sie führte die Umsetzung der Leitinitiative „Switch to Green“ fort.

Zusammenarbeit in den Bereichen Digitalisierung, Wissenschaft, Technologie und Innovation

Im Jahr 2021 legte die EU ihre politischen Ziele für die Global-Gateway-Strategie im Bereich Digitales fest. Zur Stärkung des „Team Europa“-Konzepts wurde eine Arbeitsgruppe im Zentrum für digitalgestützte Entwicklung (Digital4Development Hub) eingerichtet. Das Zentrum wird über regionale Zweigstellen mit dem Ziel betrieben, digitale Partnerschaften aufzubauen und gemeinsame Investitionen zu fördern. Die Zweigstellen Lateinamerika und Karibik wurden am 14. Dezember 2021 eröffnet.

Im Juni 2021 wurde im Rahmen des BELLA-Programms der EU die Verlegung eines Glasfaserkabels zwischen der EU, Lateinamerika und der Karibik gefeiert, das sichere Datenaustauschverbindungen mit hoher Kapazität für über 12 000 Bildungs- und Forschungseinrichtungen in beiden Regionen ermöglicht.

Im Jahr 2021 wurde die Sichtbarkeit der EU-Raumfahrtprogramme erhöht, einschließlich ihrer Schlüsselrolle für den grünen Wandel. Drei Fazilitäten für technische Hilfe im Bereich der Raumfahrt und Erdbeobachtung werden die Nutzung von Raumfahrttechnologien zugunsten der Partnerländer und EU-Strategien fördern.

Im Jahr 2021 wurde auch das mit 60 Mio. EUR ausgestattete EU-AKP-Programm zur Stärkung der Forschungs- und Innovationskapazitäten in den afrikanischen, karibischen und pazifischen Staaten (AKP) ins Leben gerufen.¹⁹

Im Oktober 2021 brachte die EU die Agenda für den Westbalkan in den Bereichen Innovation, Forschung, Bildung, Kultur, Jugend und Sport auf den Weg.²⁰

¹⁹ [EU-AKP-Programm zur Forschungs- und Innovationsförderung \(europa.eu\)](https://europa.eu/!yJLqM).

²⁰ <https://data.europa.eu/doi/10.2777/831554>

Nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung

Im Jahr 2021 ergriff die EU Maßnahmen, um die Rahmenbedingungen für Unternehmen und Investitionen zu verbessern, die finanzielle Teilhabe zu erhöhen und den Zugang zu Finanzdienstleistungen auszubauen sowie den Handel und Handelsförderungen für nachhaltige Entwicklung und Wertschöpfungsketten zu fördern. Die EU unterstützte menschenwürdige Arbeit, indem sie dazu beitrug, die soziale, arbeitsrechtliche und ökologische Nachhaltigkeit zu erhöhen, Geschlechterungleichheiten und Hindernisse für die wirtschaftliche Teilhabe von Frauen und Jugendlichen zu überwinden und die Bildungs- und Berufsbildungsstrategien und -systeme zu verbessern.

Es wurden 3 Mio. EUR für die Ausweitung der EU-Expertenfazilität für Beschäftigung, Arbeit und Sozialschutz (SOCIEUX+) bereitgestellt, die den westlichen Balkanstaaten kurzfristige technische Hilfe auf Augenhöhe bietet.

Eine Team-Europa-Initiative wurde mit dem Ziel ins Leben gerufen, Jungunternehmen bzw. junge Unternehmerinnen und Unternehmer in Afrika dabei zu unterstützen, die Hindernisse beim Zugang zu mittel- und langfristiger Finanzierung anzugehen.

Im Rahmen eines mit 15 Mio. EUR dotierten Pilotprojekts, das sich auf 11 afrikanische Länder erstreckt, wird darauf abgezielt, das Weiterbildungsangebot auf die Möglichkeiten und Bedürfnisse von Investitionsprogrammen abzustimmen.

Der im Oktober veröffentlichte *Fortschrittsbericht über die EU-Handelshilfe 2021²¹* bestätigt, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten mit 38 % die weltweit führenden Geber von Handelshilfe sind.

Migration

Im Jahr 2021 stand die Umsetzung der externen Dimension des EU-Migrations- und Asylpakets im Vordergrund. Anlass dazu gaben die Ereignisse in Afghanistan und Belarus und die besorgniserregende Tendenz, Migrationsströme als politisches Druckmittel zu instrumentalisieren. Der Schwerpunkt lag auch auf anhaltenden irregulären und unsicheren Migrationsströmen und verschiedenen Fluchtsituationen in der Nachbarschaft der EU, in Subsahara-Afrika, in Asien, im Nahen Osten und in Nord- und Südamerika.

Im Jahr 2021 wurden durch den Regionalen EU-Treuhandfonds als Reaktion auf die Syrien-Krise die Grundbedürfnisse syrischer Flüchtlinge und der Aufnahmegemeinschaften in den Nachbarländern gedeckt und dabei mehr als 8,4 Millionen Menschen erreicht. Ein strategisches Unterstützungs paket in Höhe von 5,7 Mrd. EUR für Flüchtlinge und Aufnahmegemeinschaften in der Türkei, Jordanien, Libanon, Irak und Syrien wurde für den Zeitraum 2020-2024 beschlossen.

Zur Deckung des Bedarfs in Nordafrika, der zuvor aus dem Nothilfe-Treuhandfonds der EU für Afrika finanziert wurde, wurden Maßnahmen in Höhe von 165 Mio. EUR im Rahmen des Instruments „NDICI/Europa in der Welt“ beschlossen; gleichzeitig wurde ein neues Mehrländerprogramm zur Migration entwickelt.

In Subsahara-Afrika wurden im Rahmen des regionalen Mehrjahresrichtprogramms (MRP) Maßnahmen in Höhe von 234 Mio. EUR beschlossen, um in Zusammenarbeit mit dem UNHCR den

²¹ <https://data.europa.eu/doi/10.2841/018990>

Herausforderungen der Vertreibung in der Region zu begegnen und mit der IOM die Umsetzung der Gemeinsamen Initiative für den Schutz und die Wiedereingliederung von Migranten fortzusetzen.

Im Dezember 2021 endete die zweite Phase der regionalen Unterstützung der schutzorientierten Migrationssteuerung im Westbalkan, in deren Rahmen Kapazitäten in allen Bereichen der Migrationssteuerung aufgebaut wurden.

In Asien wurde Ende 2021 ein Paket von Sondermaßnahmen für die regionale Vertreibung aus Afghanistan (79 Mio. EUR) sowie eine Maßnahme (75 Mio. EUR) zur Unterstützung Iraks bei der Unterstützung seiner Binnenvertriebenen und der in seinem Hoheitsgebiet aufgenommenen syrischen Flüchtlinge angenommen.

Gute Regierungsführung, Frieden und Sicherheit

Im Jahr 2021 hat die EU die Initiative „Team Europa Demokratie“ ins Leben gerufen, um die Unterstützung für Projekte in den Bereichen Rechtsstaatlichkeit, Rechenschaftspflicht und Regierungsführung in Partnerländern auf der ganzen Welt besser zu koordinieren.

Im Dezember 2021 nahm Präsidentin von der Leyen am ersten Gipfel für Demokratie teil und kündigte das neue Programm „Europa in der Welt – Menschenrechte und Demokratie“ der Kommission an.

Die EU arbeitet nach wie vor intensiv mit Organisationen der Zivilgesellschaft zusammen. Das neue mit 1,5 Mrd. EUR dotierte thematische Programm für die Zivilgesellschaft im Rahmen des Instruments „NDICI/Europa in der Welt“ wird zu einem günstigen Umfeld für zivilgesellschaftliche Organisationen beitragen. Darüber hinaus können nichtstaatliche Akteure in den Partnerländern des Westbalkans, die den Beitritt zur EU beantragt haben, und in der Türkei auf die neue Fazilität für die Zivilgesellschaft und das Medienprogramm im Rahmen des IPA III zurückgreifen, das mit insgesamt 218 Mio. EUR für den Zeitraum 2021-2023 ausgestattet ist.

Gute Regierungsführung, Frieden und Sicherheit sind nach wie vor wichtige Elemente der gemeinsamen Dokumente, in denen die politischen Prioritäten zwischen der EU und den meisten Ländern der Europäischen Nachbarschaftspolitik und den Erweiterungsländern festgelegt sind. Die Justiz und die Strafverfolgungsbehörden wurden weiterhin über das IPA III unterstützt, um eine bessere Bekämpfung der organisierten Kriminalität zu ermöglichen.

Die Annahme der Europäischen Friedensfazilität²² im März 2021 schuf neue Möglichkeiten, um u. a. die militärischen und Verteidigungskapazitäten der Partnerländer zu stärken. Ziel ist es, die innere Resilienz und den Frieden zu fördern und die Kapazitäten und Interoperabilität der Streitkräfte zu verbessern, um zu den militärischen Missionen und Operationen im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik beizutragen.

GLOBALE REICHWEITE

Subsahara-Afrika

Im Jahr 2021 wurden wichtige politische und strategische Dialoge geführt, die den Weg für das Gipfeltreffen 2022 mit der AU ebneten. Die Außenminister der EU und der AU trafen im Oktober 2021 in Kigali zusammen und legten vier Schwerpunktbereiche fest: verstärkte gemeinsame

²² [Beschluss \(GASP\) 2021/509 des Rates vom 22. März 2021](#).

Reaktion auf COVID-19; Strategien für eine beschleunigte Erholung nach COVID-19 sowie für den grünen und den digitalen Wandel; Frieden, Sicherheit und gute Regierungsführung; Migration und Mobilität. Im Juni 2021 richteten die AU und die Europäische Kommission gemeinsam die vierte Ministerkonferenz der Landwirtschaftsminister der AU und der EU aus.

Am 16. April billigte der Rat eine neue integrierte EU-Strategie für den Sahel mit einem umfassenderen Ansatz, der auf eine bessere Regierungsführung, Entwicklung und gegenseitige Rechenschaftspflicht ausgelegt ist. Am 10. Mai wurde eine neue Strategie für das Horn von Afrika angenommen, um die strategischen Beziehungen der EU zu dieser Region zu vertiefen.

Im Jahr 2021 stellte die EU rund 730 Mio. EUR an humanitärer Hilfe für die Region bereit, wobei der Schwerpunkt auf Ernährungssicherheit, Bewältigung von COVID-19, Katastrophenprävention und -vorsorge sowie auf der Bereitstellung grundlegender Unterstützung für Vertriebene und von Konflikten betroffene Bevölkerungsgruppen lag. Es wurden 85,5 Mio. EUR für die Krise in Äthiopien und 81,3 Mio. EUR für die Bewältigung der Folgen des Konflikts im Südsudan aufgewendet.

Im Jahr 2021 wurden 44 länderbezogene Mehrjahresrichtprogramme für den Zeitraum 2021-2027 mit den afrikanischen Partnern beschlossen. Die ursprünglichen Gesamtmittel aus dem Instrument „NDICI/Europa in der Welt“ für Subsahara-Afrika belaufen sich auf 29,18 Mrd. EUR, einschließlich eines Regionalprogramms in Höhe von 10,2 Mrd. EUR, das auf Prioritäten ausgerichtet ist, die mehrere Länder betreffen.

Asien und pazifischer Raum

Im Jahr 2021 wurde der neue politische Rahmen der EU für diese Region auf den Weg gebracht. Die EU-Strategie für die Zusammenarbeit im indopazifischen Raum²³ ist Ausdruck eines verstärkten Engagements.

Das 13. Asien-Europa-Treffen (ASEM13) fand am 25./26. November 2021 per Videokonferenz unter dem Motto „Stärkung des Multilateralismus für gemeinsames Wachstum“ statt.

Auf dem Gipfeltreffen EU-Japan wurde eine grüne Allianz zum Schutz der Umwelt, zur Bekämpfung des Klimawandels und für ein grünes Wachstum vereinbart.

In Bangladesch setzte die EU ihr Engagement zur Bewältigung der durch die Rohingya-Krise verursachten humanitären Notlage fort.

Die auf der COP26-Konferenz im November 2021 ins Leben gerufene Team-Europa-Initiative „Green Blue Alliance for the Pacific and Timor-Leste“ fördert gleichberechtigte Gesellschaften, Grundwerte, menschliche Entwicklung sowie Frieden und Sicherheit in 18 Partnerländern und überseeischen Ländern und Gebieten (ÜLG).

In den im September 2021 angenommenen Schlussfolgerungen des Rates zu Afghanistan wurden Benchmarks für die Zusammenarbeit mit den Taliban-Behörden festgelegt, in denen ein Zugang für humanitäre Hilfe, eine sichere Durchfahrt und die Achtung der Menschenrechte – insbesondere der Rechte von Frauen und Mädchen sowie von Minderheiten –, Verpflichtungen zur Terrorismusbekämpfung und inklusive Staatsführung gefordert wurden.

²³ JOIN(2021) 24 final vom 16. September 2021.

Im Jahr 2021 wurde auch die Partnerschaft zwischen der EU und dem Golf-Kooperationsrat wieder aufgenommen.

Nord- und Südamerika und karibischer Raum

Die EU hat ihre Beziehungen zu der Region 2021 intensiviert. Der Präsident des Europäischen Rates nahm am Gipfeltreffen zwischen der EU und der Gemeinschaft der Lateinamerikanischen und Karibischen Staaten (CELAC) teil. Am 2. Dezember 2021 trafen die Staats- und Regierungschefs der EU und der lateinamerikanischen und karibischen Staaten zusammen und nahmen den hochrangigen biregionalen Dialog nach einer sechsjährigen Unterbrechung wieder auf. Die Gespräche mündeten in eine gemeinsame Agenda, die auf eine nachhaltige, digitale und inklusive Erholung von der Pandemie ausgerichtet ist.

Bei der Ratifizierung des Assoziierungsabkommen EU-Zentralamerika wurden Fortschritte erzielt, während die Arbeiten mit Mercosur und Chile bezüglich des Abschlusses von EU-Assoziierungsabkommen sowie mit Mexiko bezüglich der Modernisierung des Globalabkommens fortgesetzt wurden.

Als Reaktion auf die politische Unterdrückung und den Wahlbetrug in Nicaragua hat die EU ihre Sanktionen gegen das Land verlängert und verschärft.

Ferner setzte sich die EU weiterhin für den Schutz und die Integration von Migranten und Flüchtlingen aus Venezuela ein, auch in ihren Aufnahmeländern.

Im Jahr 2021 stellte die EU 17 Mio. EUR bereit, um die akute Ernährungsunsicherheit in Haiti zu lindern und Opfer von Gewalt zu schützen. Des Weiteren investierte die EU in die Katastrophenvorsorge und mobilisierte nach dem Erdbeben vom 14. August rasch Mittel für die Soforthilfe.

Europäische Nachbarschaft

Im Jahr 2021 hat die EU ihre Beziehungen zu den östlichen Partnerländern sowohl auf bilateraler als auch auf regionaler Ebene im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik und der Östlichen Partnerschaft weiter ausgebaut.

Die EU erhielt einen aktiven Dialog auf höchster politischer Ebene aufrecht, einschließlich eines Gipfeltreffens in Kiew im Oktober.

Auf dem Gipfeltreffen der Östlichen Partnerschaft im Dezember 2021 wurde eine neue Agenda für die Östliche Partnerschaft gebilligt. Der zugehörige Wirtschafts- und Investitionsplan ist mit 2,3 Mrd. EUR ausgestattet und soll weitere Investitionen in Höhe von bis zu 17 Mrd. EUR mobilisieren.

Die in den Plänen der einzelnen Partnerländer festgelegten Leitinitiativen werden die Durchführung in Gang bringen. Während das belarussische Regime beschlossen hat, aus der Östlichen Partnerschaft auszusteigen, unterstützt die EU weiterhin die Bürgerinnen und Bürger und die Zivilgesellschaft des Landes.

Auf einer Ministerkonferenz im November bekräftigten die EU und ihre Partner der südlichen Nachbarschaft ihr Engagement für die neue Agenda für den Mittelmeerraum²⁴, die auch einen eigenen Wirtschafts- und Investitionsplan umfasst.

Die EU setzte ihre Unterstützung für Syrien und die Nachbarländer, die Flüchtlinge aufnehmen, fort. Auf der fünften Brüsseler Konferenz im März wurden Zusagen in Höhe von 5,3 Mrd. EUR erzielt.

Die EU unterstützte auch weiterhin die Bemühungen zur Stabilisierung Libyens. Mit der Militäroperation der Europäischen Union im Mittelmeer (EUNAVFOR MED IRINI) wurde die Umsetzung des VN-Waffenembargos gewährleistet, während im Rahmen der EU-Mission zur Unterstützung des integrierten Grenzmanagements in Libyen die Kapazitäten der libyschen Behörden in den Bereichen Grenzmanagement, Strafverfolgung und Strafjustiz ausgebaut wurden.

Erweiterung

Im Oktober 2021 legte die Kommission in ihrem Erweiterungspaket eine Bewertung des Sachstands in den Kandidatenländern und potenziellen Kandidatenländern und einen klaren Fahrplan zur Beschleunigung der Reformen im Einklang mit der überarbeiteten Erweiterungsmethodik vor, die auf einer Beurteilung nach dem Grundsatz der eigenen Leistung beruht. Was Serbien betrifft, wurden im Dezember die vier Verhandlungskapitel des Clusters „Grüne Agenda und nachhaltige Konnektivität“ eröffnet, während auf der Regierungskonferenz EU-Montenegro zusätzliche politische Vorgaben für weitere Fortschritte mit Blick auf den EU-Beitritt geliefert wurden.

Gleichzeitig begann die Durchführung des mit 9 Mrd. EUR dotierten Wirtschaftsinvestitionsplans (EIP) und der Grünen Agenda für den Westbalkan. Der Plan zielt darauf ab, die sozioökonomische Kluft zwischen der Region und der EU zu schließen, die wirtschaftliche Erholung und den grünen und den digitalen Wandel voranzutreiben sowie die Region mit wichtigen EU-Initiativen zu verbinden, um den Bürgerinnen und Bürgern dieser Länder greifbare Vorteile zu bieten.

Dies hängt von der erfolgreichen Durchführung des 2021 angenommenen IPA III ab. Im Rahmen des ersten Programmplanungsverfahrens für das IPA III wurden mehr als 4,1 Mrd. EUR gebunden, wovon 75 % direkt in den EIP fließen.

Die eindeutige Unterstützung der europäischen Perspektive des Westbalkans und das Engagement für eine verstärkte Zusammenarbeit mit der Region wurden außerdem auf zwei Gipfeltreffen zum Ausdruck gebracht: auf dem Westbalkan-Gipfel in Berlin („Berliner Prozess“) im Juli und dem Gipfeltreffen EU-Westbalkan in Brdo im Oktober.

Die EU und ihre Partner im Westbalkan setzten die Durchführung des 2020 beschlossenen Finanzhilfspakets in Höhe von 3,3 Mrd. EUR zur Bekämpfung von COVID-19 und seiner sozioökonomischen Auswirkungen sowie zur Unterstützung von Impfkampagnen fort. Die Region erhielt von der EU und ihren Mitgliedstaaten mehr als 6,5 Millionen COVID-19-Impfdosen, zusätzlich zu den 1,5 Millionen Dosen, die bereits im Rahmen der COVAX-Initiative frühzeitig beschafft wurden.

Im Jahr 2021 wurden über die Fazilität für Flüchtlinge in der Türkei rund 1,8 Millionen Flüchtlinge mit grundlegenden humanitären Hilfsgütern versorgt und sozialpädagogische Betreuung für 695 000 Flüchtlingskinder bereitgestellt. Millionen von Menschen erhielten zudem medizinische Versorgung und Schutzleistungen. Im Rahmen der Entwicklungskomponente der Fazilität wurden

²⁴ JOIN(2021) 2 final vom 9. Februar 2021.

560 Mio. EUR bereitgestellt, um die kontinuierliche Unterstützung von Flüchtlingen in der Türkei im Bildungsbereich sowie im Bereich Migration und Grenzmanagement zu gewährleisten.

Überseeische Länder und Gebiete (ÜLG)

Die ÜLG haben besondere verfassungsrechtliche Verbindungen zu drei Mitgliedstaaten: Dänemark, Frankreich und den Niederlanden. Mit dem neuen Übersee-Assoziationsbeschluss einschließlich Grönlands²⁵ wurde der Rechtsrahmen für die Partnerschaft zwischen der EU und den ÜLG aktualisiert und die Zusammenarbeit in dasselbe Instrument eingebettet. Die EU hat für den Zeitraum 2021-2027 finanzielle Unterstützung in Höhe von 500 Mio. EUR für die ÜLG vorgesehen.

Drei Regionalprogramme werden die Zusammenarbeit zwischen den ÜLG in der Karibik, im pazifischen Raum und im Indischen Ozean fördern.

Im Zeitraum 2021-2027 wird die EU Neukaledonien (mit 30,9 Mio. EUR), Sint Maarten (mit 7,7 Mio. EUR) und Saba (mit 4,1 Mio. EUR) bei der Entwicklung der notwendigen politischen Maßnahmen, des Rechtsrahmens und der Infrastruktur für einen sauberen Energiewandel unterstützen.

²⁵ [Beschluss \(EU\) 2021/1764 des Rates vom 5. Oktober 2021](#).